

Bewerbungsrede als Bundestagskandidat auf dem Nominierungsparteitag der SPD Wiesbaden

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stehe heute vor Euch, weil ich mich erneut um die Bundestagskandidatur der Wiesbadener SPD bewerbe. Gemeinsam mit Euer aller Unterstützung möchte ich bei der Bundestagswahl 2017 antreten, an das gute Ergebnis 2013 anknüpfen und den Wahlkreis 179 jetzt wieder für die SPD zurückerobern.

Vorab kurz zu meiner Person:

Ich bin 39 Jahre jung, habe die mittlere Reife, und bin Betriebsratsvorsitzender bei SOKA-BAU. Ich lebe gemeinsam mit meiner Freundin Lisa und unserer Tochter Emma im wunderschönen Stadtteil Kloppenheim. Liebe Lisa, Ich freue mich sehr, dass ihr beide heute da seid und mich immer unterstützt.

Liebe Genossinnen und Genossen, überall dort, wo die SPD mitregiert, geht es den Menschen besser. Und das möchte ich Euch anhand folgender Beispiele verdeutlichen: Bereits kurze Zeit nach Eintritt in die Bunderegierung konnten wir Sozialdemokraten durchsetzen, dass alle Menschen, die das 63. Lebensjahr vollendet und 45 Erwerbsjahre auf dem Buckel haben, ohne Kürzung in Rente gehen können. Allein durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns haben wir erreicht, dass Millionen Menschen endlich mindestens 8,50 € pro Stunde verdienen. Ja, das reicht nicht überall – auch nicht in Wiesbaden – um eine Familie zu ernähren. Aber es ist ein wichtiger Einstieg gewesen, um höhere Lohngerechtigkeit zu erreichen. Und die Einführung von Elterngeld Plus ist ein riesiger Fortschritt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nicht zu vergessen, die Fortführung des Projektes „Soziale Stadt, von dem wir auch in Wiesbaden besonders profitieren. Ganz konkret erreichen wir Verbesserungen für die Menschen im Schelmengraben, im Westend und bald auch im Gräselberg und Sauerland. Das ist der Verdienst der SPD.

Aber nicht nur im Bund sondern auch in Wiesbaden haben wir gezeigt, dass wir es sind, die – nach jahrelangem Stillstand in der Stadtpolitik – unser Gemeinwesen voranbringen: Wir waren es, die den Ausbau von Krippenplätzen vorangetrieben und KiEZe eingerichtet haben. Und zwar auch gegen den Widerstand derjenigen, die meinen im Sozialhaushalt kürzen zu können. Durch einen Paradigmenwechsel bei den städtischen Wohnbaugesellschaften haben wir den Wohnungsbau vorangetrieben. Von Sanierung hin zu Neubau. Unserem Oberbürgermeister Sven Gerich und unserem Parteivorsitzenden Dennis Volk-Borowski ist es zu verdanken, dass wir unseren sozialdemokratischen Grundsatz auch bei unserer ESWE Verkehr wiederherstellen konnten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Ich finde, all das sind Erfolge, die wir gemeinsam errungen haben und auf die wir stolz sein können! Wir haben – sowohl im Bund als auch in der Stadt – viel und gut gearbeitet. Keine Frage, nicht alles hat immer auf Anhieb geklappt und es gibt auch noch viel zu tun. Trotz all unserer Bemühungen haben wir in Wiesbaden einen hohen Anteil an Leistungsbeziehern, so genannte Hartz-IV-Empfänger. Vor allem wegen der hohen Mieten müssen niedrige Einkommen aufgestockt werden und der Wiesbadener Arbeitsmarkt ist für Geringqualifizierte ein Problem. Aber Dank der hervorragenden Arbeit von Dir, lieber Arno Gossmann und

deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Amt für Soziale Arbeit können wir eine hervorragende Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt vorweisen, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen.

Aber obwohl wir gerade im sozialen Bereich verdammt viel für die Menschen in unserer Stadt tun, verzeichnen wir auch in Wiesbaden immer noch zu wenige Chancen auf Teilhabe. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Bildung, Ausbildung und Arbeit: Jedes vierte Kind wächst in unserer vermeintlich reichen Stadt in Armut auf – tatsächlich jedes vierte Kind. Dies sind alles Themen, deren Lösungen für mich im Bundestag häufig leider viel zu abstrakt diskutiert werden. Themen, die im Bundestag entschieden werden, die aber unmittelbare Auswirkungen auf unser Wiesbaden haben.

In der Vergangenheit haben wir als SPD jedoch auch Entscheidungen getroffen, deren Auswirkungen wir nicht mehr regulieren konnten. Dieser Verantwortung haben wir uns in dieser Wahlperiode gestellt. So haben wir die fehlende Regulierung von Leiharbeit und den Einsatz von Werkverträgen auf den Weg gebracht. Aber, und soviel Wahrheit gehört dann auch dazu: ohne das ständige Blockadeverhalten von Horst Seehofer und CSU hätten wir dieses aber schon viel früher umsetzen können. Und gleich zu Beginn der Wahlperiode haben wir – wie eingangs erwähnt - endlich den gesetzlichen Mindestlohn, auch hier ebenfalls gegen den Widerstand der Union durchgesetzt. Gerade mit der Einführung der Leiharbeit, vor allem in der Chemie- und Metallbranche, wurden in den vergangenen Jahren Stammbeschafteten massiv abgebaut. Dieselben Menschen wurden dann meist zu Niedriglöhnen über Leiharbeitsfirmen in den selben Unternehmen wieder eingesetzt in denen sie vorher entlassen wurden.

Dass diese Entwicklung, die auf maßgeblichen Druck der SPD korrigiert wurde, auch direkte Auswirkungen auf Wiesbaden hat, ist augenfällig. Niedriges Lohnniveau, gepaart mit hohen Miet- und Lebenshaltungskosten, führt nun mal zu prekären Lebensverhältnissen. Gerade in Familien mit niedrigem Einkommen führt dies unweigerlich zu Kinderarmut. Dadurch entstehen einer Stadt wie Wiesbaden gleichzeitig hohe Ausgaben für die Kosten der Unterkunft sowie insgesamt wachsende Sozialausgaben. Sozialausgaben, an denen wir, wenn wir die Menschen nicht noch weiter abhängen wollen, auch in Zukunft nicht sparen dürfen.

Und genau aus diesem Grund müssen wir den Forderungen der CDU – in Wiesbaden, aber auch darüber hinaus - nach einem Raubbau am Sozialetat auch in Zukunft energisch entgegenzutreten. Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen habe ich als sozialpolitischer Sprecher gemeinsam, mit voller Unterstützung von der Partei- und Fraktionsspitze sowie Oberbürgermeister und Bürgermeister gemeinsam für jeden Euro im Sozialetat gekämpft. Und genau dies werde ich mit dem gleichen Engagement auch als Bundestagsabgeordneter tun, für genau die Menschen, die in unserem Wiesbaden unsere Hilfe benötigen. Jeder Euro, den wir nicht mehr in die Förderung von Bildung, Ausbildung und Teilhabe stecken, wird uns später noch viele, viele Euros mehr kosten. Deshalb ist eine Kürzung im Sozialhaushalt nicht nur ungerecht und unmenschlich, sie ist auch volkswirtschaftlich unsinnig. Deshalb sind Forderungen nach massiven Einsparungen im Sozialbudget für mich absolut inakzeptabel.

Dafür stehe ich ein. Sozial. Klar und deutlich.

Trotzdem geht es mir bei meinem Tun neben der praktischen politischen Arbeit auf kommunaler, sowie in Zukunft hoffentlich auch auf bundespolitischer Ebene, auch noch um einen weiteren Aspekt. Er ist weniger greifbar, aber wir alle spüren ihn. Spüren ihn in Bürgergesprächen, am Infostand, bei Veranstaltungen, am Stammtisch, auf Facebook. Wir spüren eine negative Stimmung im Land gegenüber der Politik im Allgemeinen und gegenüber Politikern im Besonderen. Und das spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass wir es im Moment offenbar nicht mehr in ausreichendem Maße schaffen den Bürgerinnen und Bürgern unsere durchaus beachtlichen Erfolge zu vermitteln.

Und da frage ich mich, woran das liegt. Das liegt zum einen an dem Vertrauensverlust, den wir wieder wettmachen müssen. Das liegt aber auch an einer - ich will mal sagen - ungreifbaren und unverständlichen Erklärung und Vermittlung von Politik, die häufig komplexe Kompromisse erzwingt. Die Menschen stehen der Politik deshalb häufig misstrauisch gegenüber. Und sie differenzieren für gewöhnlich auch nicht zwischen kommunaler, Landes- oder Bundesebene. Sie nehmen keine inhaltlichen Abgrenzungen mehr wahr, sie verstehen die Diskussionen kaum noch und haben das Gefühl, dass Politiker sich eine eigene Welt mit einer eigenen Sprache geschaffen haben. Und so fragen sich Viele, ob sie von „der Politik“ überhaupt ernst genommen werden, ob ihre Ängste und Sorgen über das, was die Zukunft bringen wird, wahrgenommen werden. Wir hier unten und die da oben, so lautet der Vorwurf.

Ihr kennt aus Eurem eigenen Umfeld Sprüche, wie: „Für die Flüchtlinge ist Geld da, aber die Klassenräume von meinen Kindern darf ich selbst streichen.“ Wie können wir diesem Misstrauen begegnen? Was können wir tun, um Ängste aufzunehmen, ohne jeder Stammtischparole und jedem Wutbürger unreflektiert hinterherzurrennen? Was können wir tun, ohne dabei unsere sozialdemokratischen Grundsätze der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufzugeben? Ich glaube, wir müssen die Menschen noch mehr mitnehmen als wir das bisher getan haben. Und – und dies ist meine feste Überzeugung – wir müssen sie auch mehr einbinden. Wir müssen auch Position beziehen und diese klar und deutlich aussprechen.

Wir müssen eine Sprache sprechen, die die Menschen verstehen, eine Sprache, die klar und deutlich sagt, was wir wollen, die aber auch klar und deutlich erläutert, warum wir einen Kompromiss eingehen. Die Bürgerinnen und Bürger, davon bin ich überzeugt, verstehen das, denn sie machen in ihrem Leben auch täglich Kompromisse. Entscheidend für mich ist doch wie wir ihnen diese Kompromisse erklären.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich stehe dazu, dass das Politikmachen im Rathaus natürlich wichtig ist, dass es aber mindestens genauso wichtig ist, diese Politik auch draußen verständlich zu erklären – und zwar ohne abstraktes Fabulieren und ohne ständige Verweise auf Zuständigkeitsbereiche anderer Ebenen wie Land und Bund. Denn genau DAS wollen die Menschen auch nicht hören – und zwar vollkommen zu Recht! Politik machen, das können wir – aber können wir Politik so erklären, dass uns die Menschen auch verstehen? Das räume ich frank und frei ein: Da hapert es leider häufig noch! Obwohl wir in Wiesbaden erst mit dem Roten Sofa und dann mit dem Talk am Grill, vor allem aber mit unseren Hausbesuchen, ja einen guten Anfang gemacht haben. Allerdings reichen diese Formate offenbar nicht aus, um schwierige politische Entscheidungen und Kompromisse ausreichend zu vermitteln.

Wir müssen noch mehr auf Dialog und offene Kommunikation mit den Bürgerinnen und

Bürgern setzen. Ich will das weiterführen, was wir in Wiesbaden angefangen haben, ich will möglichst viel Präsenz zeigen bei Festen und Vereinsjubiläen, bei Tagen der offenen Tür und geselligen Zusammenkünften von Initiativen. Ich gehe dahin, wo die Menschen sind und versuche ihnen zu erklären, wofür wir stehen und dass das gut und wichtig ist.

Aus diesem Grund erlebe ich meine ehrenamtliche Arbeit in den verschiedenen Vereinen als total bereichernd, denn gerade zum Beispiel beim Aufbau der Kloppenheimer Kerb komme ich mit den Menschen ins Gespräch und erfahre so viel über ihre Lebensumstände und ihre Sorgen und Nöte, aber auch über Auswirkungen politischer Entscheidungen. Und genau diese Gespräche sind mir wichtig und sind mein Antrieb.

Denn auch in meinem Leben ist nicht immer alles glatt verlaufen, vielmehr habe ich in meinem Leben den ein oder anderen Bruch, wie zum Beispiel bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle, erfahren. Nicht zuletzt dadurch weiß ich die sozialdemokratische Idee der Chancengleichheit bzw. der Chancengerechtigkeit, in dem der Lebensweg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, sehr zu schätzen und zu würdigen. Und, dass man nach vertanen Chancen erneute Möglichkeiten bekommt. Nach der Realschule und einem erfolglosen Jahr auf der Fachoberschule, trat ich nach mehreren Aushilfsjobs meinen Wehrdienst an. Danach folgte eine Phase der Arbeitslosigkeit und Aushilfsjobs, ehe ich bei SOKA-BAU einen Ausbildungsplatz erhalten und diese auch erfolgreich absolviert habe. Früh habe ich mich in der Gewerkschaft in den verschiedensten Funktionen bis hin zum Bundesjugendvorsitzenden engagiert. Aus all diesen Erfahrungen habe ich für mich deshalb den Schluss gezogen, auch innerbetrieblich dazu beizutragen, die Arbeitsbedingungen meiner Kolleginnen und Kollegen zu verbessern.

Daraus folgte für mich dann unweigerlich die Kandidatur für den Betriebsrat. Seit dem Jahr 2006 tue ich dies in der Funktion des freigestellten Betriebsratsvorsitzenden. SPD und Gewerkschaften sind für mich persönlich untrennbar miteinander verbunden und darum wollte ich in einer Zeit in der sich beide voneinander wegzubewegen schienen nicht von außen kritisieren, sondern selbst mitmachen und mitgestalten. So wurde ich im Jahre 2001 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Seit 2006 bin ich Mitglied im Ortsbeirat Kloppenheim und seit 2011 Mitglied unserer Rathausfraktion. Seit 2014 nehme ich die Aufgabe des sozialpolitischen Sprechers wahr. Wie Ihr seht, ist meine eigene Biographie ein wirklicher Beleg für gelebte Chancengerechtigkeit, die aber leider auch heute immer noch nicht für alle gleichermaßen gilt. Ich hatte das Glück und bin dankbar dafür. Nun will ich etwas zurückgeben, indem ich mich für mehr Chancengerechtigkeit stark machen werde.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt viel zu meinen Grundüberzeugungen und meinen Ideen für die politische Arbeit und die Kommunikation derselben gesagt. Ich möchte zum Abschluss noch ein Thema ansprechen, das mit all diesen Punkten eng verbunden ist. Wenige Themen haben die politische Debatte in den vergangenen Monaten so geprägt wie die Flüchtlingsfrage.

Ich habe dazu eine klare Haltung: Die humanitäre Erwägung von Angela Merkel, den Menschen, die vor Hunger, Tod, Armut und Verzweiflung geflohen sind, vor fast genau einem Jahr - am 4. September die Türen zu öffnen war zweifelsohne richtig. Das Management von Frau Merkel in den folgenden Tagen und Monaten war hingegen grottenschlecht und eine Bankrotterklärung für eine Bundeskanzlerin. Die Unterbringung der Flüchtlinge wurde einzig

und allein den Kommunen aufgebürdet, diese mussten Entscheidungen treffen, die mancherorts für Unmut gesorgt haben. Und um jede Unterstützung von Bund und Land mussten die Kommunen lang und hart mit der schwarzen Null Wolfgang Schäuble streiten. Und es war wieder die SPD, die hier konkrete Verbesserungen für die Kommunen durchgesetzt hat. Bis dahin konnte die Aufnahme und Betreuung in den ersten Wochen und Monaten nur durch massives ehrenamtliches Engagement gewährleistet werden. Dafür gebührt all den Freiwilligen unser aufrichtiger Dank. Aber auch in den Fragen der Integration fehlt bis heute eine klare Aussage der Kanzlerin.

An den Grenzen zu Europa drängen sich Menschen, die aus Angst um Leib und Leben aus ihrem Land geflohen sind. Wenn man sich die Bilder in Erinnerung ruft, in denen Mütter ihre Kinder durch die Fenster in vollbesetzte Züge geschoben haben, oder aber am Mittelmeer in überfüllte Schlauchboote, um ihren Kindern eine Chance zu geben, eine Chance auf ein friedlicheres, angstfreieres und ja, auch ein wirtschaftlich besseres Leben, dann wird einem bewusst, wie dramatisch sich die Situation in den Herkunftsländern darstellte und immer noch darstellt. Uns geht es wirtschaftlich - bei allen Problemen - immer noch gut. Und ich bin stolz darauf, dass wir in dieser schwierigen Situation Menschlichkeit zum Ausdruck gebracht haben. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft in der Lage ist, auch mit dieser Herausforderung fertig zu werden. Dafür gilt es aber, die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen und mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Nun gilt es, dass wir uns gemeinsam dieser Aufgabe stellen, wie wir all die Geflüchteten in unsere Gesellschaft integrieren können. Damit Integration gelingt, muss allerdings noch viel passieren. Und da reicht es eben nicht, ein Burkaverbot zu fordern oder die doppelte Staatsbürgerschaft in Frage zu stellen. Das sind genau die Mittel, mit denen es die Union jahrzehntelang geschafft hat zu verdrängen, dass wir ein Einwanderungsland sind.

Das sind Phantomdiskussionen, die uns in der praktischen Integrationsarbeit überhaupt nicht weiterbringen. Im Gegenteil. Was wir brauchen ist ein schlüssiges Integrationskonzept - in Wiesbaden haben wir übrigens vor einigen Monaten ein aktuelles beschlossen. Was wir brauchen ist schneller Zugang zu Spracherwerb, Bildung, Ausbildung und Arbeit. Was wir brauchen sind mehr Kindergartenplätze, Wohnraum, Sprachkurse und mehr Sozialarbeiter. Deshalb fordere ich Bund und Land auf, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, damit all diese Dinge auch umgesetzt werden können. Dafür werde ich als Bundestagsabgeordneter besonders intensiv streiten. Ebenso muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine raschere Bearbeitung von Asylanträgen gewährleisten, damit die Betroffenen schnellstmöglich Klarheit über ihren Aufenthaltsstatus haben und die Integration beginnen kann. Was wir jetzt vor allem nicht brauchen, ist eine Union, die Ängste schürt und sich ansonsten bei der Lösung der Probleme mit konkreten Vorschlägen merklich zurückhält oder gar in die Büsche schlägt. Weder das Anraten zu Vorratseinkäufen noch die Forderung nach dem Einsatz der Bundeswehr im Innern sind hilfreich und sinnvoll. All das sind Phantomdebatten, um von den eigentlichen Fragen, die wichtig für die Zukunft unseres Landes sind, abzulenken. Ich bin fest davon überzeugt: Die richtigen Konzepte für die Zukunft unseres Landes hat die Sozialdemokratie.

Liebe Genossinnen und Genossen, so war es immer in der Geschichte: Während die anderen bockig in der Ecke saßen, weil es nach ihrem Gusto in Deutschland nicht so lief wie sie wollten, haben wir angepackt und die Zukunft gestaltet. Und genau das will ich auch tun – auf Grundlage unserer Werte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität! Die Menschen haben das

Gefühl, dass es in unserer Gesellschaft nicht gerecht zugeht, dass etwas aus dem Lot geraten ist. Die Politik hat an Vertrauen eingebüßt. Gemeinsam mit Euch möchte ich darum kämpfen dieses Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Gemeinsam mit Euch, mit den Ortsvereinen, will ich dahingehen, wo die Menschen sind. Gemeinsam mit Euch möchte ich dazu beitragen, unsere Gesellschaft gerechter zu machen. Gemeinsam mit Euch möchte ich dafür kämpfen, dass Wiesbaden nach 4 Jahren endlich wieder jemanden im Bundestag hat, der seinen Lebensmittelpunkt in der Stadt hat und die Sorgen und Nöte der Menschen aufnimmt. Das alles kann ich nicht alleine schaffen. Das geht nur mit Euch gemeinsam! Gemeinsam werden wir Seit an Seit den Wahlkreis Wiesbaden zurückgewinnen. Darauf freue ich mich.

Und Ich verspreche Euch: Ich werde für den Wahlsieg alles geben, so wie ihr mich kennt:

SOZIAL KLAR UND DEUTLICH.

Ich bitte Euch daher um Eure Unterstützung und Euer Vertrauen.

Glück auf!